

Die Herbeiführung der europäischen Sicherheit erfordert, daß alle europäischen Staaten mit beiden deutschen Staaten — und umgekehrt — normale diplomatische Beziehungen hersteilen. Wenn die westdeutsche Bundesrepublik von einer „neuen Ostpolitik“ spricht, um diplomatische Beziehungen mit sozialistischen Staaten des Warschauer Vertrages herzustellen, ohne die Revanchepolitik aufzugeben, die historischen Realitäten und die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen, so ist klar, daß diese sogenannte neue Ostpolitik nur dem Zweck dient, die Warschauer Vertragsstaaten zu spalten, sie von der Sowjetunion zu differenzieren und die DDR zu isolieren.

Im Interesse des Friedens in Europa und in der Welt und der Herbeiführung des friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden deutschen Staaten wäre es zeitgemäß, *beide deutsche Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen aufzunehmen.* Das würde auch den Grundsätzen der UNO entsprechen.

XI. Zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten

Der Entwurf der neuen Verfassung präzisiert auch den Standort der Deutschen Demokratischen Republik in der Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Inbesondere werden die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung durch Artikel 8 des Entwurfs der Verfassung zu einem nationalen Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik erklärt. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben die Überwindung der der deutschen Nation vom Imperialismus und seinen Pariser Verträgen und NATO-Verträgen aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus. Was Berlin betrifft, so ist in der Verfassung eindeutig klargestellt: *Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.*

Ich möchte annehmen, verehrte Abgeordnete, daß alle politisch bewußten Bürger der Deutschen Demokratischen Republik dieser verfassungsrechtlichen Festlegung unserer Politik der Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aus vollem Herzen zustimmen. Das wird unserer Politik der Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur die verfassungsrechtliche Grundlage geben, sondern auch dazu beitragen, die Köpfe einiger Politiker der westdeutschen Bundesrepublik von revanchistischen Illusionen zu befreien.

Ich möchte die Bürger Westdeutschlands auffordern, diese Bestimmungen unserer künftigen Verfassung besonders sorgfältig zu studieren. Das wird ihnen sicherlich die Schlußfolgerung erleichtern, daß *für Westdeutschland ein Neubeginn in seinen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik notwendig, ja unvermeidlich* ist. Es gibt keinerlei Raum mehr für Bonner Täuschungs- oder Umgehungsmanöver.

In gewissen Kreisen Westdeutschlands gab es Stimmen, welche der Befürchtung Ausdruck gaben, die neue sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werde die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter verschärfen.

Diese Befürchtung ist unbegründet. Die neue sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verschärft nicht die Spaltung Deutschlands und auch nicht die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten, für welche die in der westdeutschen Bundesrepublik herrschenden Kräfte die volle und alleinige Verantwortung tragen. Im Gegenteil: Die Spannungen können überhaupt erst dann Schritt um Schritt abgebaut werden, wenn die 372